

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/038(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 29.08.2011	Ratssaal	16:00Uhr	20:30Uhr

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Öffentliche Sitzung

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

6.7 Landesgartenschau 2018 A0017/11
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
WV v. 03.03.2011

6.7.1 Landesgartenschau 2018 A0017/11/1
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV v. 03.03.2011

6.7.2 Landesgartenschau 2018 A0017/11/1/1
Finanz- und Grundstücksausschuss

6.7.3 Landesgartenschau 2018 A0017/11/2
Fraktion CDU/BfM

6.7.4 Landesgartenschau 2018 A0017/11/3
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

6.7.5	Landesgartenschau 2018 Fraktion DIE LINKE	A0017/11/4
6.7.6	Landesgartenschau 2018	S0087/11
6.8	Magdeburger Stadtschreiber FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 03.03.2011	A0024/11
6.8.1	Magdeburger Stadtschreiber FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0024/11/1
6.8.2	Magdeburger Stadtschreiber	S0091/11
6.9	Beitritt Magdeburgs zur UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus Interfraktionell WV v. 03.03.2011	A0028/11
6.9.1	Beitritt Magdeburgs zur UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus	S0128/11
6.10	Hochschulaustauschprogramm mit Partnerstädten Fraktion DIE LINKE WV v. 03.03.2011	A0029/11
6.10.1	Hochschulaustauschprogramm mit Partnerstädten	S0107/11
6.11	Konzept zur Aufwertung des Sternsees in Neu Olvenstedt SR Krause und SR Müller - Fraktion DIE LINKE WV v. 03. 03. 2011	A0030/11
6.11.1	Konzept zur Aufwertung des Sternsees in Neu Olvenstedt Ausschuss für Umwelt und Energie	A0030/11/1
6.11.2	Konzept zur Aufwertung des Sternsees in Neu Olvenstedt Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	A0030/11/2
6.11.3	Konzept zur Aufwertung des Sternsees in Neu-Olvenstedt Fraktion CDU/BfM	A0030/11/3
6.11.4	Konzept zur Aufwertung des Sternsees in Neu Olvenstedt Fraktion DIE LINKE	A0030/11/4
6.11.5	Konzept zur Aufwertung des Sternsees in Neu Olvenstedt	S0073/11
6.12	Ersatzpflanzungen für den Bau der Nord-Süd-Verlängerung Fraktion CDU/BfM WV v. 31.03.2011	A0031/11

6.12.1	Ersatzpflanzungen für den Bau der Nord-Süd-Verlängerung	S0106/11
6.13	Abzweigung von Kindergeld verhältnismäßig gestalten Fraktion DIE LINKE WV v. 31.03.2011	A0032/11
6.13.1	Abzweigung von Kindergeld verhältnismäßig gestalten	S0123/11
6.14	Gedenken an die Geschwister Scholl Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 31.03.2011	A0034/11
6.14.1	Gedenken an die Geschwister Scholl Fraktion CDU/BfM	A0034/11/1
6.14.2	Gedenken an die Geschwister Scholl Fraktion DIE LINKE	A0034/11/2
6.14.3	Gedenken an die Geschwister Scholl	S0113/11
6.15	Themenjahr Reformationsjubiläum FDP-Fraktion WV v. 31.03.2011	A0038/11
6.15.1	Themenjahr Reformationsjubiläum	S0117/11
6.16	Belebung der Goldschmiedebrücke Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 28.04.2011	A0051/11
6.16.1	Belebung der Goldschmiedebrücke Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0051/11/1
6.16.2	Belebung der Goldschmiedebrücke	S0137/11
6.17	Kosten für Kinderbetreuung FDP-Fraktion WV v. 28.04.2011	A0052/11
6.17.1	Kosten für Kinderbetreuung Jugendhilfeausschuss	A0052/11/1
6.17.2	Kosten für Kinderbetreuung Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0052/11/2
6.17.3	Kosten für Kinderbetreuung	S0116/11

6.18	Mietspiegel für Magdeburg Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP WV v. 09.12.2010	A0182/10
6.18.1	Mietspiegel für Magdeburg	S0016/11
6.18.2	Mietspiegel für Magdeburg	S0093/11
	Neuanträge	
6.19	Ausrichtung Theaterausstellung 2012 Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und Fraktion DIE LINKE	A0097/11
6.20	Nutzung der Sportstätten von Universität und Fachhochschule während der Semesterpause/Sommerferien FDP-Fraktion	A0103/11
6.21	Ausschreibung Namensvergabe Schwimmhalle Große Diesdorfer Straße Fraktion CDU/BfM	A0106/11
6.22	Blumenbeet der Kinder Fraktion DIE LINKE	A0107/11
6.23	Straße der deutschen Sprache Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0109/11
6.24	Wohnmobilstellplätze in Magdeburg Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und Fraktion CDU/BfM	A0110/11
6.25	Sommertheater Domplatz Fraktion CDU/BfM	A0112/11
6.26	Umweltzone in Stadtpläne aufnehmen FDP-Fraktion	A0101/11
6.27	Bewerbung Grüne Hauptstadt Europas 2014 Fraktion CDU/BfM	A0105/11
6.28	Richtlinie für einmalige Bedarfe Interfraktionell	A0108/11
6.29	Aufträge für vorgezogene Maßnahmen beim Tunnelprojekt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0111/11
6.30	Leitlinien zur Vermeidung von Tiertötungen Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0113/11
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	

8.1	Unzumutbarkeitsnachweis für nicht nachrüstbare Dieselfahrzeuge	F0127/11
8.2	Sanierungsstand Gruson Gewächshäuser	F0130/11
8.3	Baumschäden Blankenburger Straße	F0131/11
8.4	Bisphenol A und Weichmacher in Staubproben von Kindertagesstätten	F0132/11
8.5	Einnahmen aus Domplatznutzung	F0126/11
8.6	Catering im Stadion	F0128/11
8.7	Mitglieder des Investitionsbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg	F0129/11
8.8	Zukünftige Nutzung des Gebäudes der ehemaligen KJFE Talente	F0133/11
8.9	Kavalier Scharnhorst unter Wasser	F0134/11
8.10	Nachteilige Änderung des E-Mailservice der Stadtbibliothek Magdeburg	F0135/11
8.11	Verzögerung bei städtischen Baumaßnahmen auf Straßen und Brücken	F0138/11
8.12	Cyber - Sicherheit in Magdeburg	F0139/11
8.13	Tag der Jugend	F0140/11
8.14	Aktivitäten aus Anlass des Jahrestages der Vollendung der Deutschen Einheit	F0136/11
8.15	Nachfrage zur Stellungnahme 0061/11	F0141/11
8.16	Situation Klosterumfeld	F0142/11

9	Informationsvorlagen	
9.1	Ärztmangel	I0121/11
9.2	Berichterstattung des Zentralen Informationsbüros Pflege/Beratungsstelle für Probleme in der Altenpflege	I0125/11
9.3	Erweiterung der Spiel- und Freizeitfläche am Europaring	I0132/11
9.4	Stand der Bewilligung Neubauvorhaben Sporthalle Buckau	I0141/11
9.5	Entwicklung der Leistungen für Unterkunft und Heizung gemäß § 22 Absatz I Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) und einmaliger Beihilfen gemäß § 23 Absatz 3 Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II)	I0153/11
9.6	Überregional erfolgreiche Unternehmen ehren	I0152/11
9.7	Beitritt des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg zur Landessenorenvertretung des Landes Sachsen-Anhalt e. V.	I0174/11
9.8	Zeitstrahl zwischen Mauerstück und Bürgerdenkmal	I0180/11
9.9	Erweiterung der Überprüfung auf Stasi-Mitarbeit	I0143/11
9.10	Sachstand Prioritätensetzung in der Städtebauförderung	I0182/11
9.11	Parkraumkonzept Rothensee	I0196/11
9.12	RoboCup German Open - Rückschau und Ausblick	I0200/11
9.13	Verlauf und wesentliche Ergebnisse der Einwohnerversammlung für den Stadtteil Beyendorf/Sohlen am 16. Mai 2011	I0210/11
9.14	Zwischeninformation Städtepartnerschaftskongress, Beschluss Nr. 360-14(V)10	I0214/11

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 10 | Anfragen und Anregungen an die Verwaltung | |
| 10.1 | Stadion Magdeburg | F0137/11 |
| 11 | Beschlussfassung durch den Stadtrat | |
| 11.1 | Personalangelegenheit
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung | DS0129/11 |
| 11.3 | Forderungsverzicht
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0268/11 |
| 11.4 | Prozessvergleich vor dem Landgericht Magdeburg
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0291/11 |
| 12 | Anträge | |
| 12.1 | Verlängerung Ehrenbotschaftertitel
Interfraktionell | A0102/11 |
| 12.2 | Ehrung gemäß Satzung der Landeshauptstadt Magdeburg
Interfraktionell | A0104/11 |
| 1. | Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse | |

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 38. (V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll 56 Stadträtinnen/Stadträte

Oberbürgermeister 1

zu Beginn anwesend 35 “ “

maximal anwesend 47 “ “

entschuldigt 10 “ “

Öffentliche Sitzung

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

6.7.	Landesgartenschau 2018	A0017/11
	Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 03.03.2011	

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag A0017/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Änderungsantrag A0017/11/1/1 des Ausschusses FG
- Änderungsantrag A0017/11/2 der Fraktion CDU/BfM
- Änderungsantrag A0017/11/3 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
- Änderungsantrag A0017/11/4 der Fraktion DIE LINKE

Die Ausschüsse K, StBV, RWB und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE hat die Beschlussfassung geändert empfohlen.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0017/11/1/1.

Stadtrat Hitzeroth, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bringt den Antrag A0017/11 umfassend ein und bittet um Zustimmung.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke informiert über die Diskussion im Ausschuss. Sie fragt in diesem Zusammenhang nach, ob die Landesgartenschau durchführbar ist, wenn die Grundstücke im elbnahen südöstlichen Stadtteil nicht in das Eigentum der Stadt übergehen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann nimmt zum Antrag A0017/11 Stellung und verweist auf die in der Stellungnahme S0087/11 der Verwaltung aufgeführten Risiken, wie z. B. Überschwemmungsgebiet, Flächenverfügbarkeit, Einbeziehung der Infrastruktur und finanzielle Probleme.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Stern informiert über das Beratungsergebnis und bringt den Änderungsantrag A0017/11/1/1 ein. Er spricht seine Verwunderung über die unterschiedlichen Aussagen der Verwaltung in den Ausschüssen FG und StBV zu den Flächen aus.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Änderungsantrag A0017/11/1 ein und unterstützt im Namen seiner Fraktion die vorliegenden Änderungsantrag A0017/11/1/1 des Ausschusses FG.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile bringt den Änderungsantrag A0017/11/4 ein. Er führt aus, dass seine Fraktion vom Gedanken her grundsätzlich das Vorhaben unterstützt, gibt aber zu Bedenken, dass man vor lauter Euphorie nicht die Realität aus den Augen verlieren sollte.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, hält die Idee, die Landesgartenschau nach Magdeburg zu holen, für gut. Er unterstützt den Antrag A0017/11, eine Machbarkeitsprüfung durchzuführen, da dies auch für künftige Vorhaben nutzbar wäre. Im Namen seiner Fraktion hält er fest, dass der Änderungsantrag A0017/11/2 der Fraktion CDU/BfM keine günstige Variante ist.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, bringt den Änderungsantrag A0017/11/2 ein.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, geht auf die Ausführungen des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile ein. Er stellt dabei klar, dass die Stadt keine Flächen in Südost besitzt. Er regt an, im Rahmen des Stadtumbauprogramms etwas für die südöstlichen Stadtteile zu tun. Stadtrat Stern sieht in der Durchführung der Landesgartenschau große finanzielle Probleme. Er spricht sich aber dafür aus, wenn, diese auf dem Gelände des Rotehornparks oder des Buga-Geländes durchzuführen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, stellt klar, dass die Fraktion für die südöstlichen Stadtteile den Stadtumbau will und dies mit der Landesgartenschau nicht getan ist. Er bezeichnet die vorliegende Stellungnahme S0087/11 der Verwaltung als aussagefähig. Stadtrat Müller hinterfragt in diesem Zusammenhang, woher das Geld für die Vorfinanzierung genommen wird und verweist auf die derzeitige Haushaltskonsolidierung der Stadt. Aus seiner Sicht ist es auch fraglich, ob die Flächen im Rotehornpark für die Durchführung der Landesgartenschau ausreichend sind.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt zu Bedenken, dass nur 6 Wochen für die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie zur Verfügung stehen und die Bewerbung für die Landesgartenschau bis zum 31.12.11 abgegeben werden muss. Daher ist eine Beschlussfassung zum Antrag A0017/11 heute dringend erforderlich.

Nach weiterer umfangreicher Diskussion gibt Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zu Bedenken, dass es sich beim Rotehornpark um ein Überschwemmungsgebiet handelt. Er spricht sich dafür aus, den Änderungsantrag A0017/11/1/1 des Ausschusses FG und den Ursprungsantrag A0017/11 zu beschließen.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, gibt den Hinweis, dass der Rotehornpark unter Denkmalschutz steht.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke geht nochmals auf die Intention des Änderungsantrages A0017/11/2 ein. Er regt an, die Machbarkeitsstudie abzuwarten.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg spricht sich mit Hinweis auf die Entwicklung des Sanierungsgebietes Buckau dafür aus, weitere Schwerpunkte in Südost zu setzen. Er sieht den Rotehornpark als keine alternative Ergänzung.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM begründet nochmals den Änderungsantrag A0017/11/2 mit Hinweis auf die Stellungnahme S0087/11.

Im Rahmen der weiteren umfangreichen Diskussion, in der Vertreter der Fraktion DIE LINKE

und der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! ihren Standpunkt zu einer sinnvollen Umsetzung des Vorhabens darlegen, verweist Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, darauf, dass die letzten Landesgartenschauen immer städtebauliche Maßnahmen waren. Er spricht sich gegen die Annahme des Änderungsantrages A0017/11/4 der Fraktion DIE LINKE aus.

Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion, sieht die Stellungnahme S0087/11 der Verwaltung nicht als ablehnend. Sie merkt an, dass ihre Fraktion grundsätzlich die Durchführung der Landesgartenschau in Magdeburg begrüßt, aber nicht um jeden Preis. Die FDP-Fraktion unterstützt die Änderungsanträge A0017/11/1/1, A0017/11/1 und den Antrag A0017/11.

Abschließend stellt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, klar, dass seine Fraktion nicht gegen die Durchführung der Landesgartenschau in Magdeburg sind, sondern nur Bedenken, insbesondere wegen der finanziellen Deckungsmöglichkeiten, habe.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, gibt eine redaktionelle Änderung im Änderungsantrag A0017/11/2 bekannt. (Im Beschlusstext, 2. Zeile soll es heißen2018 unter Einbeziehung des)

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 14 Jastimmen:

Der Änderungsantrag A0017/11/4 der Fraktion DIE LINKE –

Der Oberbürgermeister wird gebeten, der Bewerbung Magdeburgs als Kulturhauptstadt Europas Priorität einzuräumen. In diesem Zusammenhang sollen stufenweise alle Maßnahmen, die für diese Bewerbung nützlich sind und gleichzeitig eine spätere Ausrichtung einer Landesgartenschau vorbereiten, nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der Stadt in Angriff genommen oder fortgeführt werden. Eine Bewerbung für die Ausrichtung einer Landesgartenschau wird zu einem späteren Zeitpunkt ins Auge gefasst. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag A0017/11/1/1 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 12 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Finanz- und Grundstücksausschuss empfiehlt im ersten Satz des Beschlusstextes das Wort „**stufenweise**“ vor dem Wort „Machbarkeit“ einzufügen.

Gemäß Änderungsantrag A0017/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt (Ergänzung im Fettdruck):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Machbarkeit zu überprüfen, sich bei der Landesregierung Sachsen-Anhalts um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2018 zu bewerben.

Bestandteil der Überprüfung und damit Kriterien für die Machbarkeit sollen dabei u.a. sein:

- **Integration in eine städtebauliche Gesamtplanung**

- **Altlastensanierung und Nachnutzung von Industriebrachen, ggf. Zwischen-nutzungen**
- **Fortführung bisher nicht oder nicht vollständig umgesetzter IBA-Projekte**
- **Gestaltung des Straßenraumes entlang der „Hauptstraße“**
- **Entwicklung von Baugebieten für individuelles Wohnen**
- **Einbeziehung der Elbe mit ihren Elbauen und der Salbker Seen**
- **Aufwertung des Landschaftsbildes (incl. Wiederbegrünung von Feldwegen)**
- **Weiterführung des westelbischen Radweges**
- **Nachnutzungskonzept, insbesondere unter dem Aspekt einer dauerhaften finanziellen Belastung**

Diese Kriterien sollen den ökologischen Grundsätzen einer modernen Landschafts- und Stadtentwicklung unterliegen.

Gemäß modifizierten Änderungsantrag A0017/11/2 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 13 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen:

Der Antragstext wird wie folgt ergänzt:

Durch die Stadtverwaltung wird die Machbarkeit einer Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2018 unter Einbeziehung des Geländes des Rotehornparks geprüft.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg zieht den Änderungsantrag A0017/11/3 **zurück**.

Der Vorschlag des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, im Beschlusstext des Antrages A0017/11 das Wort „einheitlichen“ zu streichen, wird von der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mit getragen.

Gemäß modifizierten Antrag A0017/11 der Fraktion SDP-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge mehrheitlich, bei 7 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 981-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die stufenweise Machbarkeit zu überprüfen, sich bei der Landesregierung Sachsen-Anhalts um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2018 zu bewerben.

Bestandteil der Überprüfung und damit Kriterien für die Machbarkeit sollen dabei u.a. sein:

- Integration in eine städtebauliche Gesamtplanung
- Altlastensanierung und Nachnutzung von Industriebrachen, ggf. Zwischen-nutzungen

- Fortführung bisher nicht oder nicht vollständig umgesetzter IBA-Projekte
- Gestaltung des Straßenraumes entlang der „Hauptstraße“
- Entwicklung von Baugebieten für individuelles Wohnen
- Einbeziehung der Elbe mit ihren Elbauen und der Salbker Seen
- Aufwertung des Landschaftsbildes (incl. Wiederbegrünung von Feldwegen)
- Weiterführung des westelbischen Radweges
- Nachnutzungskonzept, insbesondere unter dem Aspekt einer dauerhaften finanziellen Belastung

Diese Kriterien sollen den ökologischen Grundsätzen einer modernen Landschafts- und Stadtentwicklung unterliegen.

Durch die Stadtverwaltung wird die Machbarkeit einer Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2018 unter Einbeziehung des Geländes des Rotehornparks geprüft.

Das Ergebnis der Machbarkeitsprüfung sollte in einer gemeinsamen Sitzung der zuständigen Ausschüsse beraten und laut diesem Votum den Stadträten zur Entscheidung vorgelegt werden.

6.8. Magdeburger Stadtschreiber

A0024/11

FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 WV v. 03.03.2011

Die Ausschüsse K, und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG hat den Antrag A0024/11 zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster bringt den interfraktionellen Antrag A0024/11 und den Änderungsantrag A0024/11/1 ein. Er begrüßt die vorliegende Stellungnahme S0091/11 der Verwaltung.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke informiert, dass der Ausschuss die Variante A der Stellungnahme S0091/11 empfiehlt.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM verweist auf die Beschlusslage zum Antrag A0180/03 zur selben Thematik.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg verweist auch auf die Beschlusslage, dass die Stadt sich keinen Stadtschreiber leisten kann. Er lehnt den Antrag A0024/11 ab.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert die Intention des Antrages A0024/11 und hält diesen als ein wichtiges Signal bei der Bewerbung als Kulturhauptstadt. Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag A0024/11/1 und zum Antrag A0024/11.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster geht auf die Bedenken des Vorsitzenden der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! ein. Er merkt an, dass ihm der Beschluss zum Antrag A0180/03 nicht bekannt war.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, spricht ihre Verwunderung über den Redebeitrag des Vorsitzenden der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg aus.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch nimmt zum Antrag A0024/11 Stellung. Er verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass es wenige Städte gibt, die z.B. ein Literaturhaus haben.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß interfraktionellen Änderungsantrag A0024/11/1 einstimmig:

Der Stadtrat möge folgende Ergänzung des Beschlusstextes beschließen:

Nach der erfolgten Prüfung der notwendigen Voraussetzungen für die jährliche Vergabe eines Stadtschreiber-Stipendiums resp. Stadtschreiber-Literaturpreises durch die Verwaltung (siehe Stellungnahme S0091/11 zum Antrag A0024/11) wird dieser Preis in Form des klassischen Stadtschreiber-Modells für das Jahr 2012 vergeben.

Die dafür notwendigen Haushaltsmittel sind in Form eines gezielten Sponsorings für diesen Preis einzuwerben. Die Haushaltsmittel, die nicht durch Sponsoring eingeworben werden konnten, sind zusätzlich im Haushaltsplan 2012 einzustellen.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0024/11 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des interfraktionellen Änderungsantrag A0024/11/1 einstimmig:

Beschluss-Nr. 982-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Verwaltungs-, den Kultur- und den Finanzausschuss im Mai 2011 darüber zu unterrichten, unter welchen Voraussetzungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg um den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ die jährliche Vergabe eines Stadtschreiber-Stipendiums resp. Stadtschreiber-Literaturpreises durch die Landeshauptstadt Magdeburg, beginnend im Jahr 2012, möglich ist.

Nach der erfolgten Prüfung der notwendigen Voraussetzungen für die jährliche Vergabe eines Stadtschreiber-Stipendiums resp. Stadtschreiber-Literaturpreises durch die Verwaltung (siehe Stellungnahme S0091/11 zum Antrag A0024/11) wird dieser Preis in Form des klassischen Stadtschreiber-Modells für das Jahr 2012 vergeben.

Die dafür notwendigen Haushaltsmittel sind in Form eines gezielten Sponsorings für diesen Preis einzuwerben. Die Haushaltsmittel, die nicht durch Sponsoring eingeworben werden konnten, sind zusätzlich im Haushaltsplan 2012 einzustellen.

6.9. Beitritt Magdeburgs zur UNESCO-Städtekoalition gegen
Rassismus

A0028/11

Interfraktionell
WV v. 03.03.2011

Die Ausschüsse FG und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den interfraktionellen Antrag A0028/11 ein. Er erläutert dabei die Zielstellung und bittet um Zustimmung.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0028/11 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 983-38(V)11

Die Stadt Magdeburg tritt der Europäischen Koalition der Städte gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung bei.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, durch seine Unterschrift den Beitritt der Stadt Magdeburg zur Europäischen Städte-Koalition und die Annahme des 10-Punkte-Aktionsplanes zu bestätigen.

Die Stadt erklärt sich bereit, den Verpflichtungen, die sich aus dem Beitritt zur Städtekoalition ergeben, nachzukommen sowie die finanziellen und personellen Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen.

6.10.	Hochschulaustauschprogramm mit Partnerstädten	A0029/11
	Fraktion DIE LINKE WV v. 03.03.2011	

Die Ausschüsse BSS, RWB, Juhi, K und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, begrüßt die vorliegende Stellungnahme S0107/11 und bittet um Zustimmung zum Antrag A0029/11.

Gemäß Antrag A0029/11 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 984-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten mit Blick auf die Kooperationsvereinbarung der LH Magdeburg mit den Hochschul- und Forschungseinrichtungen am Standort Magdeburg zu prüfen,

1. inwieweit bereits mit welchen Instituten Partnerschaftsbeziehungen bzw. Austauschprogramme zu Studierenden und Graduierten mit Hochschul- und Forschungseinrichtungen etc. in den Partnerstädten der LH Magdeburg bestehen;
2. freundlich darauf hinzuwirken, dass solche Verbindungen möglichst aufgenommen und etabliert werden.

6.11.	Konzept zur Aufwertung des Sternsees in Neu Olvenstedt	A0030/11
	SR Krause und SR Müller - Fraktion DIE LINKE WV v. 03. 03. 2011	

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag A0030/11/1 des Ausschusses UwE
- Änderungsantrag A0030/11/2 des Ausschusses StBV
- Änderungsantrag A0030/11/3 der Fraktion CDU/BfM
- Änderungsantrag A0030/11/4 der Fraktion DIE LINKE

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung unter Beachtung der jeweils vorliegenden Änderungsanträge.

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag A0030/11/4 ein, der den Ursprungsantrag A0030/11 ersetzt. Er nimmt im weiteren zum Punkt 1 des Änderungsantrages A0030/11/2 des Ausschusses StBV Stellung.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Frank Schuster widerspricht den Ausführungen des Stadtrates Krause, Fraktion DIE LINKE und geht auf die Genese der Thematik ein. Er signalisiert im Namen der Fraktion CDU/BfM Zustimmung zum Änderungsantrag A0030/11/4.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann nimmt zu den Fristen bezüglich der Einbringung der Drucksache im Dezember 2011 Stellung und bezeichnet diese für zu kurz. Er bittet um Fristenverlängerung bis Februar 2012.

Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion, informiert, dass sie nach einem Vororttermin angenehm über den Zustand des Sternsees überrascht war. Sie unterstützt die Stellungnahme S0073/11.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann bringt seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass Stadtrat Krause, Mitglied des BA SFM die Diskussion hier nicht wiedergegeben hat. Er verweist darauf, dass die Betriebsleiterin des SFM Frau Andruschek angeboten hat, vor Ort die Vorstellungen des Stadtrates Krause zu besprechen und diese nach Möglichkeit auch umzusetzen. Herr Zimmermann verweist in diesem Zusammenhang auch auf die vorliegende Stellungnahme S0073/11 der Verwaltung und kann den eingebrachten Änderungsantrag A0030/11/4 des Stadtrates Krause, Fraktion DIE LINKE, nicht nachvollziehen. Er bittet abschließend darum, an dem Termin Mai 2012 festzuhalten.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bezeichnet den Änderungsantrag A0030/11/4 der Fraktion DIE LINKE als überschaubar und signalisiert die Zustimmung durch seine Fraktion. Er bringt einen Änderungsantrag ein.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, unterstützt die Ausführungen des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann und bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag A0030/11/3 seiner Fraktion.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, geht auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein und begründet nochmals seinen Standpunkt zur Thematik.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bezeichnet die Ausführungen des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann als vermessen.

Im Rahmen der weiteren Diskussion stellt Stadtrat Westphal, Mitglied im BA SFM klar, dass der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann die Meinung des Betriebsausschusses korrekt wiedergegeben hat.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0030/11/3 der Fraktion CDU/BfM einstimmig:

Der Beschlusstext wird wie folgt neu formuliert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten zur Verbesserung der Barrierefreiheit und Aufenthaltsqualität zur Aufwertung des Sternsees und der ihn umgebenden Grünanlagen im Stadtteil zu erstellen und dem Stadtrat bis Mai 2012 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0030/11/3 der Fraktion CDU/BfM hat sich eine Beschlussfassung zum Punkt 1 des Änderungsantrages A0030/11/2 des Ausschusses StBV **erübrigt**.

Gemäß Punkt 2 des Änderungsantrages A0030/11/2 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Zusätzlich wird ergänzt: Die Übernahme einer Partnerschaft des Bereichs durch einen örtlichen Verein wird angeregt.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg zieht seinen Änderungsantrag – die Frist zur Vorlage des Konzeptes auf Februar 2012 zu ändern – **zurück**.

Stadtrat Krause, Mitglied im Ausschuss UwE, zieht den Änderungsantrag A0030/11/1 **zurück**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 13 Ja-, 23 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0030/11/4 der Fraktion DIE LINKE –

Dieser Änderungsantrag ersetzt den Ursprungsantrag A0030/11.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dem Stadtrat **Möglichkeiten** zur Aufwertung des Sternsees und der ihn umgebenden Grünanlagen im Stadtteil Neu Olvenstedt vorzustellen. Dabei sollen vor allem der barrierefreie Zugang zum Sternsee und die Verbesserung der Aufenthaltsqualität an diesem Ort erreicht werden. Die Vorstellungen sind unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des bereits in Sanierung befindlichen Wohnquartiers um den „Olven I“ zu erarbeiten. Das Ergebnis ist dem Stadtrat bis Dezember 2011 zur Beschlussfassung vorzulegen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Antrag A0030/11/ **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 985-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten zur Verbesserung der Barrierefreiheit und Aufenthaltsqualität zur Aufwertung des Sternsees und der ihn umgebenden Grünanlagen im Stadtteil zu erstellen und dem Stadtrat bis Mai 2012 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Übernahme einer Partnerschaft des Bereichs durch einen örtlichen Verein wird angeregt.

Persönliche Erklärung des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! gibt eine persönliche Erklärung ab.
(Anlage 1)

6.12.	Ersatzpflanzungen für den Bau der Nord-Süd-Verlängerung Fraktion CDU/BfM WV v. 31.03.2011	A0031/11
-------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------	----------

Die Ausschüsse UwE, StBV und der BA SFM empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, bringt den Antrag A0031/11 ein. Er zieht den 2. Absatz mit Hinweis auf die vorliegende Stellungnahme S0106/11 den 2. Absatz zurück. Hierzu wird er gegebenenfalls in einem halben Jahr einen gesonderten Antrag einbringen.

Gemäß Antrag A0031/11 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 986-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass bei den durch die Nord-Süd-Verlängerung der Straßenbahn bedingten Ersatzpflanzungen durch die Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH entsprechend spätblühende Bienenweidegehölze Verwendung finden.

6.13.	Abzweigung von Kindergeld verhältnismäßig gestalten Fraktion DIE LINKE WV v. 31.03.2011	A0032/11
-------	---------------------------------------------------------------------------------------------------	----------

Die Ausschüsse FuG empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Ausschüsse GeSo und Juhi empfehlen mit Ausnahme des Punktes 2 des Beschlussvorschlages die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0032/11 ein und bittet um Zustimmung.

Der Behindertenbeauftragte Herr Pischner erhält das Rederecht und nimmt zum Antrag A0032/11 Stellung. Er merkt an, dass ihm dieser Antrag einiges Unbehagen bereitet und verweist darauf, dass eine Reihe von Familien, die es betrifft, sich an ihn gewandt haben. In seinen umfangreichen Ausführungen fasst er die Historie von insgesamt 187 Beantragungen zur Abzweigung des Kindergeldes im Sozialamt zusammen. Er erläutert die durch den Gesetzgeber geschaffene Möglichkeit, Familien mit behinderten Kindern zu entlasten. Er stellt dabei klar, dass der Gesetzgeber keine Regelung getroffen hat, dass das Sozialamt grundsätzlich dieses Kindergeld abzweigen muss, sondern nur in begründeten Einzel- oder Ausnahmefällen. Mit Hinweis auf die vorliegende Stellungnahme S0123/11 der Verwaltung hält er fest, dass die vorgenommenen Beantragungen nicht im Sinne des Gesetzgebers sind und verweist in diesem Zusammenhang auf Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen in dieser Frage.

Als Fazit seiner Ausführungen stellt Herr Pischner fest, dass es sich hierbei um eine juristisch komplizierte Materie handelt, weil es gar nicht um Sozialrecht geht sondern letzten Endes um Einkommenssteuerrecht und um das bürgerliche Recht des Unterhalts oder der Unterhaltsgewährung. Er bittet darum, dem Antrag A0032/11 in den Punkten 1 und 3 zu folgen. Zum Punkt 2 führt er aus, dass man die Klagemöglichkeit niemals gänzlich ausschließen sollte.

Der Vorsitzende des Ausschusses GeSo Stadtrat Ansorge dankt Herrn Pischner für den Vortrag. Er empfiehlt, dem Votum des Ausschusses zu folgen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Nordmann unterstützt die Empfehlung des Vorsitzenden des Ausschusses GeSo Stadtrat Ansorge.

Der Vorsitzende des Ausschusses FuG Stadtrat Müller dankt dem Behindertenbeauftragten Herrn Pischner für den Vortrag und informiert über die Diskussion im Ausschuss. Stadtrat Müller verweist darauf, dass es sich hierbei um eine Kann-Bestimmung handelt, die in Sachsen-Anhalt nur vereinzelt wahrgenommen wird.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile gibt eine redaktionelle Änderung im Punkt 2 des Beschlusstextes des Antrages A0032/11 bekannt. (... auf Klagen **nach Möglichkeit** zu verzichten.)

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning nimmt zur Thematik Stellung und erläutert das Prozedere zu den Abzweigungsanträgen und stellt dabei klar, dass die Einstellung des Kindergeldes nicht durch die Stadt erfolgt.

Der Vorsitzende des Ausschusses GeSo Stadtrat Ansorge spricht seine Verwunderung über die Darlegung des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning aus und geht auf die Zielstellung des Antrages A0032/11 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bittet darum, den Antrag A0032/11 als Deklaration aufzufassen und bezeichnet den Beschluss als Bitte, sich so zu verhalten.

Nach eingehender Diskussion erfolgt die punktweise Abstimmung zum Antrag A0032/11 der Fraktion DIE LINKE.

Gemäß Punkt 1 des Antrages A0032/11 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 987-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,

1. Anträge auf Abzweigung des Kindergeldes von behinderten Kindern über 25 Jahre an den Grundsicherungsträger nur in wirklich begründeten Fällen zu stellen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 13 Jastimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 988-38(V)11

Der modifizierte Punkt 2 des Antrages A0032/11 -

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,

2. im Falle der Ablehnung einer Abzweigung durch die Familienkassen auf Klagen nach Möglichkeit zu verzichten.

wird **abgelehnt**.

Gemäß Punkt 3 des Antrages A0032/11 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 989-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,

3. die Familien mit behinderten Angehörigen, die ihre Kraft dringend für die Pflege und Betreuung ihrer Angehörigen benötigen, bei der Bewältigung bürokratischer Verfahren und Forderungen besser zu unterstützen.

6.14. Gedenken an die Geschwister Scholl
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
WV v. 31.03.2011

A0034/11

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag A0034/11/1 der Fraktion CDU/BfM
- Änderungsantrag A0034/11/2 der Fraktion DIE Linke

Die Ausschüsse K, BSS und Juhi empfehlen die Beschlussfassung.

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bringt den Antrag A0034/11 ein und bedankt sich für die positiven Voten der Ausschüsse.

Gemäß Änderungsantrag A0034/11/1 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusspunkt 2 wird wie folgt ergänzt:

mit dieser Gedenkveranstaltung im Geschwister–Scholl-Park eine Themenwoche zu eröffnen, in welcher sich die städtischen Kultureinrichtungen und andere Akteure in verschiedensten Veranstaltungen mit dem Thema „Innerdeutscher Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ und „Zivilcourage“ auseinandersetzen. **Insbesondere die Geschwister-Scholl-Straße und das Geschwister Scholl Gymnasium sollen als Veranstaltungsorte innerhalb dieser Themenwoche einbezogen werden.**

Gemäß Änderungsantrag A0034/11/2 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

a) Punkt 2 wird wie folgt ergänzt:

Dabei sollten insbesondere die Stadtbibliothek und die Volkshochschule eine Vorreiterrolle übernehmen, indem bspw. Lesungen/Veranstaltungen mit Geschwister Scholl-Preisträgern organisiert werden.

b) Punkt 3 wird wie folgt ergänzt:

Dabei ist nach Möglichkeit in Kooperation mit der Weiße Rose Stiftung e.V. eine der bislang 3 bundesweit verfügbaren Wanderausstellungen¹ zu Ehren und Gedenken an die Geschwister Scholl zu berücksichtigen und in die Themenwoche mit einzubeziehen.

Des Weiteren sind die Landeszentrale für politische Bildung und potentielle Sponsoren als Unterstützer zu gewinnen.

Gemäß Antrag A0034/11 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 990-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten,

1. die an den Eingängen zum Geschwister-Scholl-Park angebrachten Namenstafeln zu Ehren der Geschwister Sophie und Hans Scholl so aufzuarbeiten und ggf. auch so umzustellen, dass sie besser wahrgenommen werden können und ihm Rahmen einer Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Hinrichtung der Geschwister am 22.02.2013 „eingeweiht“ werden können.

2. mit dieser Gedenkveranstaltung im Geschwister–Scholl-Park eine Themenwoche zu eröffnen, in welcher sich die städtischen Kultureinrichtungen und andere Akteure in verschiedensten Veranstaltungen mit dem Thema „Innerdeutscher Widerstand gegen den

Nationalsozialismus“ und „Zivilcourage“ auseinandersetzen.

Insbesondere die Geschwister-Scholl-Straße und das Geschwister Scholl Gymnasium sollen als Veranstaltungsorte innerhalb dieser Themenwoche einbezogen werden.

Dabei sollten insbesondere die Stadtbibliothek und die Volkshochschule eine Vorreiterrolle

übernehmen, indem bspw. Lesungen/Veranstaltungen mit Geschwister Scholl-Preisträgern organisiert werden.

3. die Schülerinnen und Schüler der Magdeburger Schulen, insbesondere auch diejenigen Schulen, die sich an dem Projekt „Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage“ beteiligen und die Hochschulen der Stadt frühzeitig auf diesen Jahrestag hinzuweisen und zu motivieren, im Rahmen einer interaktiven und medialen Ausstellung ihre Auseinandersetzung mit den Themen „Innerdeutscher Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ und „Zivilcourage“ vorstellen.

Dabei ist nach Möglichkeit in Kooperation mit der Weiße Rose Stiftung e.V. eine der bislang 3 bundesweit verfügbaren Wanderausstellungen² zu Ehren und Gedenken an

die

Geschwister Scholl zu berücksichtigen und in die Themenwoche mit einzubeziehen.

Des Weiteren sind die Landeszentrale für politische Bildung und potentielle Sponsoren als Unterstützer zu gewinnen.

6.15. Themenjahr Reformationsjubiläum A0038/11
 FDP-Fraktion
 WV v. 31.03.2011

Die Ausschüsse KRB, K und BSS empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG hat den Antrag A0038/11 zur Kenntnis genommen.

Der BA SFM hat den Antrag A0038/11 ohne Ergebnis beraten.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0038/11 ein und geht kritisch auf die vorliegende Stellungnahme S0117/11 ein. Er bittet um Zustimmung zum Antrag A0038/11.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch widerspricht den kritischen Anmerkungen des Stadtrates Dr. Hörold, FDP-Fraktion, zur vorliegenden Stellungnahme S0117/11 und verweist auf eine Reihe von Initiativen zum Thema „Reformationsjubiläum“.

Stadtrat Wähnel, Mitglied im Ausschuss FG, verweist auf das Votum und bemängelt, dass im Antrag A0038/11 nicht zu den finanziellen Auswirkungen formuliert wurde.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0038/11 der FDP-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 991-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten, in Vorbereitung auf die Bewerbung Magdeburgs um den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ das Jahr 2017, auf das bereits eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktivitäten während der laufenden Reformationsdekade hinführen, als Themenjahr „500 Jahre Reformation – Luther 2017“ zu konzipieren.

Neben der kontinuierlichen Weiterführung der bisherigen Aktivitäten wird angeregt:

- Intensivierung der Kontakte mit der evangelischen Kirche, Vereinen, Organisationen und Verbänden, um die Aktion „500 Apfelbäume“ wirkungsvoller zu kommunizieren,
- Initiierung eines jährlich stattfindenden Schülermalwettbewerbs, bspw. jeweils zu einem Lutherzitat – die Ausgezeichneten werden 2017 in die Feierlichkeiten der Stadt zum Jubiläum einbezogen,
- Anregung für die Konzipierung einer gemeinsamen Veranstaltungsreihe mit Partnern: „Auf ein Wort ...“ (Arbeitstitel) zu Themen aus Lutherpredigten/-texten.

Die Liste der Vorschläge soll ständig ergänzt werden.

6.16. Belegung der Goldschmiedebrücke

A0051/11

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV v. 28.04.2011

Der Ausschuss StBV hat den Antrag A0051/11 in geänderter Form empfohlen.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt dankt der Verwaltung für die vorliegende positive Stellungnahme S0137/11 und bringt den Änderungsantrag A0051/11/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag A0051/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antragstext ist wie folgt neu zu fassen:

Zur Belegung der Goldschmiedebrücke wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit dem Centermanagement des Allee-Centers dahingehend Gespräche aufzunehmen, dass

- die vertraglich vereinbarten 5 Läden und nach Möglichkeit weitere zur Goldschmiedebrücke zu öffnen sind,
- die Läden, die auch weiterhin ihre Rückseite zur Goldschmiedebrücke haben, zumindest die Fensterfront als Schaufenster nutzen,
- die schwarze Abklebung im Bereich der Nebenräume durch freundliche, farbige Motive ersetzt wird.

Gemäß Antrag A0051/11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0051/11/1 einstimmig:

Beschluss-Nr. 992-38(V)11

Zur Belegung der Goldschmiedebrücke wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit dem Centermanagement des Allee-Centers dahingehend Gespräche aufzunehmen, dass

- die vertraglich vereinbarten 5 Läden und nach Möglichkeit weitere zur Goldschmiedebrücke zu öffnen sind,
- die Läden, die auch weiterhin ihre Rückseite zur Goldschmiedebrücke haben, zumindest die Fensterfront als Schaufenster nutzen,
- die schwarze Abklebung im Bereich der Nebenräume durch freundliche, farbige Motive ersetzt wird.

6.17. Kosten für Kinderbetreuung

A0052/11

FDP-Fraktion
WV v. 28.04.2011

Der Ausschuss FuG empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Die Ausschüsse FG und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0052/11/1.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Hans-Jörg Schuster bringt den Antrag A0052/11 ein. Er kann den Änderungsantrag A0052/11/1 des Ausschusses Juhi nicht nachvollziehen und bittet darum, diesen abzulehnen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Nordmann begründet den vorliegenden Änderungsantrag A0052/11/1 und bittet um Zustimmung. Er signalisiert ebenfalls seine Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag A0052/11/2.

Der Vorsitzende des Ausschusses FuG Stadtrat Müller begründet das Votum des Ausschusses.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, hält die Antragstellung für zu früh, da sich das Land erst dazu bekennen muss.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht klarstellende Ausführungen zur Intention des Antrages A0052/11.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster geht auf die Ausführungen der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, ein und hält den jetzigen Zeitpunkt für sinnvoll.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt unterstützt den Antrag A0052/11 der FDP-Fraktion und begründet den vorliegenden Änderungsantrag A0052/11/2 seiner Fraktion. Er bittet um Zustimmung sowohl zum Antrag A0052/11 als auch zum Änderungsantrag A0052/11/2.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0052/11/1 des Ausschusses Juhi mehrheitlich, bei 13 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, im ersten Satz des Antrages A0052/11 „.... *und keine Benachteiligung der berufstätigen Bevölkerung eintritt*“ zu streichen.

Gemäß Änderungsantrag A0052/11/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Dem bisherigen Beschlusstext des Ursprungsantrages wird ein weiterer Satz angefügt, der wie folgt lautet (Fettdruck):

Sollten dennoch Kosten aus der geplanten Änderung erwachsen, so sind diese in voller Höhe durch das Land zu tragen.

Gemäß Antrag A0052/11 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 993-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich frühzeitig dafür einzusetzen, dass aus der geplanten Änderung der Kinderbetreuung im Land Sachsen-Anhalt keine zusätzlichen Kosten für die Landeshauptstadt Magdeburg erwachsen und keine Benachteiligung der berufstätigen Bevölkerung eintritt.

Sollten dennoch Kosten aus der geplanten Änderung erwachsen, so sind diese in voller Höhe durch das Land zu tragen.

6.18.	Mietspiegel für Magdeburg	A0182/10
	Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP	
	WV v. 09.12.2010	

Die Ausschüsse UwE, VW und FG empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den interfraktionellen Antrag A0182/10 ein.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, macht ergänzende Ausführungen zur Intention des Antrages A0182/10 und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg hält die Erstellung des Mietspiegels für einen logistischen Aufwand und spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen den Antrag A0182/10 aus.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile hält den Antrag A0182/10 mit Hinweis auf die vorliegende Stellungnahme S0016/11 der Verwaltung für nicht zustimmungsfähig und signalisiert ebenfalls die Ablehnung seiner Fraktion.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 8 Jastimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 994-38(V)11

Der interfraktionelle Antrag A0182/10 –

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, für die Stadt Magdeburg einen qualifizierten Mietspiegel für nicht preisgebundenen Wohnraum gemäß § 558d BGB zu erarbeiten.

Die Erarbeitung eines solchen Mietspiegels soll in Zusammenarbeit mit und unter Beteiligung der Verwaltung, den Magdeburger Wohnungsunternehmen sowie des Mieter- und Vermieterbundes „nach anerkannten wissenschaftlichen Grundsätzen“ (§558d) erfolgen. Der qualifizierte Mietspiegel soll spätestens vor der Sommerpause 2011 in Kraft treten.

2. In einem zweiten Schritt soll die energetische Beschaffenheit von Gebäuden bei der Berechnung ortsüblicher Vergleichsmieten berücksichtigt und so eine Weiterentwicklung zu einem ökologischen Mietspiegel vollzogen werden.

Dabei sollen zur Bewertung des energetischen Zustandes eines Gebäudes auch Verbrauchskennzahlen als ökologische Kennwerte auf Grundlage der vorhandenen Energiepässe ausgewiesen werden. –

wird **abgelehnt**.

Neuanträge

6.19. Ausrichtung Theaterausstellung 2012

A0097/11

Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und Fraktion DIE LINKE

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0097/11 in die Ausschüsse K, RWB, FG und in den BA Puppentheater – vor.

Gemäß vorliegenden interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0097/11 wird in die Ausschüsse K, RWB, FG, in den BA Theater und in den BA Puppentheater überwiesen.

- 6.20. Nutzung der Sportstätten von Universität und Fachhochschule während der Semesterpause/Sommerferien A0103/11
FDP-Fraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0103/11 in den Ausschuss BSS vor, der durch Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, um den Ausschuss Juhi ergänzt wird.

Gemäß ergänzten GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0103/11 wird in die Ausschüsse BSS und Juhi überwiesen.

- 6.21. Ausschreibung Namensvergabe Schwimmhalle Große Diesdorfer Straße A0106/11
Fraktion CDU/BfM
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrag A0106/11 in die Ausschüsse VW, BSS und FG – vor.

Gemäß vorliegenden GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0106/11 wird in die Ausschüsse VW, BSS und FG überwiesen.

- 6.22. Blumenbeet der Kinder A0107/11
Fraktion DIE LINKE
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0107/11 in den BA SFM – vor, der durch Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, um die Ausschüsse UwE, Juhi und StBV ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0107/11 wird in die Ausschüsse UwE, Juhi, StBV und in den BA SFM überwiesen.

6.23. Straße der deutschen Sprache A0109/11
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0109/11 in den Ausschuss K – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0109/11 wird in den Ausschuss K überwiesen.

6.24. Wohnmobilstellplätze in Magdeburg A0110/11
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und Fraktion CDU/BfM

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst verweist darauf, dass es diesbezüglich bereits einen Antrag A0164/06 von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gab.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0110/11 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 995-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen,

1. welche Flächen im Bereich der Magdeburger Innenstadt als zusätzliche Stellplätze für Wohnmobile geeignet wären und unter welchen Voraussetzung diese Flächen für diesen Zweck ausgewiesen und mit Strom-, Trinkwasser- und Abwasserversorgung ausgerüstet werden könnten.

2. unter welchen Voraussetzungen am Wohnmobilstellplatz in der Innenstadt, am Petriförder, die Installation von entsprechenden Anschlüssen ermöglicht werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung ist in die Ausschüsse RWB, StBV, KRB und FG zu überweisen.

6.25. Sommertheater Domplatz A0112/11
Fraktion CDU/BfM

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0112/11 in die Ausschüsse StBV , K und FG vor, der durch Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/BfM, um den BA Theater ergänzt wird.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Vertreter der Fraktion CDU/BfM und LINKE sprechen sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß ergänztem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 16 Ja-, 14 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0112/11 wird in die Ausschüsse StBV, K, FG und in den BA Theater überwiesen.

6.26. Umweltzone in Stadtpläne aufnehmen A0101/11
FDP-Fraktion

Gemäß Antrag A0101/11 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr.996-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass zeitnah in die von der Kommune digital eingestellten Stadtpläne der Landeshauptstadt Magdeburg die Umweltzone aufgenommen wird.

In den Internetauftritt der Stadt zur Umweltzone ist ein entsprechender Stadtplan einzustellen oder zu verlinken.

Bei den Printerzeugnissen soll entsprechend verfahren werden.

6.27. Bewerbung Grüne Hauptstadt Europas 2014

A0105/11

Fraktion CDU/BfM

Gemäß Antrag A0105/11 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 997-38(V)11

Die Stadtverwaltung wird beauftragt die Möglichkeit zu prüfen, ob sich die Landeshauptstadt Magdeburg um den Titel „Grüne Hauptstadt Europas 2014“ bewirbt.
Die Prüfungsergebnisse sind dem Stadtrat in seiner Septembersitzung 2011 vorzustellen und dieser entscheidet dann abschließend, ob eine entsprechende Bewerbung eingereicht wird.

6.28. Richtlinie für einmalige Bedarfe

A0108/11

Interfraktionell

Gemäß interfraktionellen Antrag A0108/11 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 998-38(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen, inwieweit die Verwaltungsvorschriften „Richtlinien für einmalige Bedarfe“ zu überarbeiten sind und dieses zu veranlassen.
Eventuell sind weitere Richtlinien, wie z.B. die Unterkunftsrichtlinie und die Bestattungsrichtlinie mit einzubeziehen.

- 6.29. Aufträge für vorgezogene Maßnahmen beim Tunnelprojekt A0111/11
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0111/11 in den Ausschuss KRB – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0111/11 wird in den Ausschuss KRB überwiesen.

- 6.30. Leitlinien zur Vermeidung von Tiertötungen A0113/11
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
-

Stadtrat Tietge, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bringt den Antrag A0113/11 umfassend ein und bittet um eine heutige Beschlussfassung.

Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0113/11 in die Ausschüsse VW und GeSo – ein.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß GO-Antrag der Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0113/11 wird in die Ausschüsse VW und GeSo überwiesen.

8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

8.1 Schriftliche Anfrage (F0127/11) des Stadtrates Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Umsetzung der Einführung der Umweltzone wirft ihre Schatten voraus, wie die teilweise öffentlich geführte Diskussion zeigt. Sicher werden sich einige Probleme der praktischen

Umsetzung und Handhabung im Laufe der Anwendung klären. Dennoch bleiben Anwendungspraktiken, deren Sinnhaftigkeit sich mir nur schwer erschließt.

Ich bitte Sie daher, mir nachstehende Fragen mündlich und ggf. ergänzend schriftlich zu beantworten:

1. Ist es zutreffend, dass sich der Nachweis der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit für die Ersatzbeschaffung bei Dieselfahrzeugen am Netto-Einkommen und den Pfändungsfreigrenzen orientiert?
2. Wenn ja, warum müssen in der LH MD betroffene Bürger für eine Ausnahmegenehmigung zum Befahren einer Umweltzone ihre persönlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse offenlegen?
3. Warum orientiert sich Magdeburg an Hannover und nicht an Berlin, wo dem Vernehmen nach per Allgemeinverfügung die Einfahrt in die Umweltzone gestattet ist, wenn TÜV oder Dekra die Nichtnachrüstbarkeit bescheinigen?
4. Wie setzen sich die zusätzlich für die Einführung der Umweltzone veranschlagten Kosten i.H. von 70 000 Euro (Einführungskosten) und jährlich 100 000 Euro (siehe Begleitmaterial zu Ihrer PK am 12.7.2011) zusammen? (bitte Sach- und Personalkosten getrennt auführen)
5. Welches Verhältnis von Ausgaben und Einnahmen bei der Einführung und Durchsetzung der Umweltzone in MD wird insgesamt veranschlagt?
6. Wie hoch schätzen Sie den Arbeitsaufwand für die Verwaltung ein, die Einkommens- und Vermögensverhältnisse von etwa 4 300 Fahrzeughaltern zu prüfen, die nach ADAC-Angaben in Magdeburg ein nicht nachrüstbares Dieselfahrzeug besitzen?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.2 Schriftliche Anfrage (F0130/11) des Stadtrates Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Mit der Sanierung der Gruson-Gewächshäuser aus Mitteln des Konjunkturpakets II im vergangenen Jahr wurden von den Schauhäusern das Palmen-, das Orchideen- und das Kleine Tropenhaus saniert. In den anderen Häusern besteht auch weiterhin Sanierungsbedarf. Dies gilt auch für die Anzuchthäuser, durch die bisher die Versorgung der Gewächshäuser mit neuen Pflanzen sichergestellt wurde.

Ich stelle folgende Fragen:

1. Welcher Sanierungsbedarf besteht in den Schauhäusern? Wie hoch ist der finanzielle Bedarf? Welche Mittel sind geplant bzw. werden perspektivisch eingestellt?
2. Wie ist die Bausubstanz der nicht sanierten Bereiche, etwa der Anzuchthäuser einzuschätzen und wie lange werden diese ohne Sanierung funktionstüchtig sein?
3. Wie wird der Bedarf an dem Bestand der Anzuchthäuser eingeschätzt? Gibt es kostengünstige Alternativen zu einer Sanierung? Wie wird die Möglichkeit eingeschätzt, den Bedarf an neuen Pflanzen aus anderen Quellen zu beziehen?

4. Wann ist beabsichtigt, die Heizungssanierung durchzuführen? Gibt es dafür einen Zeitplan?
5. Wann erfolgt die Inbetriebnahme einer repräsentativen Internetseite der Gewächshäuser?
Gibt es ein inhaltliches Konzept?

Ich bitte um kurze mündliche sowie ausführliche schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.3 Schriftliche Anfrage (F0131/11) des Stadtrates Hitzeroth, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

schon seit längerem sind an den noch relativ jungen Bäumen in der Blankenburger Straße (Höhe Treseburgerstraße bis zur Kreuzung Brenneckestraße) Schäden zu beobachten. Die ersten zwei Bäume sind nun bereits gefällt wurden.

Ich bitte daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Ursachen haben diese Schäden?
2. Welche Maßnahmen werden durch den Stadtgartenbetrieb ergriffen, um weitere Schäden zu vermeiden?
3. Ist die Fällung weiterer Bäume zur Gefahrenabwehr nötig?
4. Liegen schon Planungen für eventuelle Ersatzpflanzungen vor?
5. Gibt es im Stadtgebiet weitere Alleen, mit dieser Baumart, wo ähnliche Schäden zu beobachten sind?

Ich bitte um eine ausführliche schriftliche Beantwortung.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.4 Schriftliche Anfrage (F0132/11) des Stadtrates Wendenkampf, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister:

Vor dem Hintergrund der nunmehr bundesweiten Diskussion um Weichmacher und Bisphenol A (Bisphenol A beeinträchtigt bereits in geringsten Mengen das empfindliche Hormonsystem von Kindern) in bundesdeutschen Kitas (92 von 107 Kitas wurden positiv beprobt) frage ich Sie:

Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen um in den Kitas in der Landeshauptstadt Magdeburg

a.) einen sicheren Kenntnisstand über die Konzentration von Weichmachern und Bisphenol A in der Raumluft von Magdeburger Kitas zu erlangen,

und

b.) sicherzustellen, dass die Belastung der betroffenen Kinder möglichst innerhalb von 12 Monaten langfristig sicher auf Null zu reduziert werden kann?

Ich bitte um kurze mündliche sowie ausführliche schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.5 Schriftliche Anfrage (F0126/11) des Stadtrates Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Domplatz war und ist ein beliebter Veranstaltungsort. Mit der Umgestaltung des Platzes wird dies so bleiben – allerdings unter verbesserten Rahmenbedingungen und professionell vermarktet.

Aber auch im gegenwärtigen Zustand haben auf dem Platz viele Veranstaltungen stattgefunden. Erinnerung sei 2010 an die Nabucco-Aufführung am 13.8., das Konzert von Xavier Naidoo am 31.8. und an das Musical „Evita“ des Theaters Magdeburg vom 4. – 26.6. ; oder an die Vorstellungen des Theaters Magdeburg „Die Schöne und das Biest“ vom 17.6. – 9.7.2011 (alle Angaben ohne Auf – und Abbauzeiten).

Ich bitte Sie, nachstehende Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Welche Kosten sind der Landeshauptstadt Magdeburg durch die Bespielung des Domplatzes entstanden – bitte am Beispiel der Bespielung durch das Theater Magdeburg in den Jahren 2010 und 2011 darstellen - ?

2. Welche Einnahmen hat die Landeshauptstadt Magdeburg aus der kommerziellen Nutzung des Platzes erzielt (Sondernutzungsgebührensatzung) – bitte ebenfalls am Beispiel der Bespielung durch das Theater Magdeburg in den Jahren 2010 und 2011 darstellen - ?
3. Welche Auswirkungen wird die Neugestaltung des Platzes auf die Einnahmesituation bei der Umsetzung des zu erarbeitenden neuen Nutzungskonzeptes haben?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.6 Schriftliche Anfrage (F0128/11) des Stadtrates Dr. Hörold, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtrat hat beschlossen, ab 1. Juli 2011 der MVGM GmbH die Bewirtschaftung der MDCC-Arena zu übertragen. Dadurch sollten auch die finanziellen Risiken von der Stadt abgewendet werden, die durch die ausbleibenden sportlichen Erfolge des 1. FCM entstanden waren. Unterstellt wurde, dass der neue Betreiber in allen Bereichen professionell agiert. Medienberichten zufolge (siehe Volksstimme vom 27. und 29.7.2011) ist dies in dem so wichtigen Bereich des Caterings unter Umständen nicht der Fall.

Ich bitte Sie, mir nachstehende Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Wie wird die Bewirtschaftung im Stadion zukünftig geregelt?
2. Wie werten Sie die Vergabepaxis des Geschäftsführers der MVGM?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.7 Schriftliche Anfrage (F0129/11) des Stadtrates Dr. Hörold, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

durch die Verwaltung wird in Drucksachen (siehe bspw. DS0065/11 S. 5) auf Sitzungen und Entscheidungen des Investitionsbeirates verwiesen. In diesem Kontext bitte ich Sie folgende Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Wie sind Zusammensetzung und Entscheidungsbefugnisse des Investitionsbeirates geregelt?
2. Wie oft tagt dieses Gremium?
3. Welche Personen sind aktuell Mitglieder dieses Gremiums?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.8 Schriftliche Anfrage (F0133/11) des Stadtrates Wendenkamp, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister:

Nach meinem Kenntnistand gibt es ein Schreiben eines Magdeburger Bürgers, das Gebäude der ehemaligen KJFE einem gemeinnützigen Nutzungszweck zuzuführen. Zu meinem großen Bedauern hat es bislang (seit etwas 6 Monaten) keine Reaktion seitens der Verwaltung auf dieses Schreiben des Bürgers (namentlich bekannt) gegeben.

Ich frage sie daher, wann der betreffende Bürger mit einer Antwort rechnen kann ?

Ich bitte um mündliche Beantwortung meiner Frage.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.9 Schriftliche Anfrage (F0134/11) des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bei meinem Besuch des Kavalier Scharnhorst im Vorfeld der Vorstellung „Prinz von Homburg“ des theater marameo wurde vom Stadtführer daraufhingewiesen, dass zunehmend Feuchtigkeit ins Mauerwerk eindringt.

Es wurde die Vermutung geäußert, dass bei den Freigrabungen von der linken Seite der Sternbrücke zum Kavalier Scharnhorst einige Arbeiten unvollständig ausgeführt wurden und möglicherweise keine Drainage angelegt wurde.

Wir fragen Sie daher an:

1. Sind der Verwaltung diese Probleme am Kavalier I Scharnhorst an der Sternbrücke bekannt?
2. Wenn ja, was gedenkt die Stadt gegen die bekannte Tatsache, dass Wasser nun einmal nach unten und über Schrägen zum Objekt hin läuft, kurzfristig zu tun?

Ich bitte um kurze mündliche Beantwortung der Anfrage in der SR-Sitzung am 25.08.2011

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.10 Schriftliche Anfrage (F0135/11) des Stadtrates Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit dem 01.08.2011 ist dem Vernehmen nach der Mailservice der Stadtbibliothek Magdeburg umgestellt worden. Nunmehr kann der E-Mailservice, eine Erinnerungsmail vor Ablauf der Leihfrist oder eine E-Mail zur Abholung vorbestellter Medien zu erhalten, nur noch gewählt werden, wenn gleichzeitig das Zusenden von Informationen und Einladungen der Stadtbibliothek erlaubt wird. Bisher konnte der Erinnerungsservice per E-Mail gewählt werden, ohne gleichzeitig den Empfang von Werbe-E-Mail der Stadtbibliothek gestatten zu müssen. Die Wahl war durch einfaches „Ankreuzen“ auf dem Anmeldeblatt möglich. Eine differenziertes „Ankreuzen“ ist nun nicht mehr möglich.

Die zwischenzeitliche Änderung der Verfahrensweise erweist sich als überaus nachteilig für die Nutzer. Sie sind nun gezwungen, den Empfang von Werbemitteilungen zu gestatten um den Mailservice der Stadtbibliothek im gewohnten Umfang nutzen zu können. Die evtl. als Spam empfundenen Werbemitteilungen der Stadtbibliothek kann gegenwärtig nur vermeiden, wer auf den Mailservice ganz verzichtet und so eine deutliche Verschlechterung der Serviceleistungen in Kauf nimmt.

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

1. Aus welchem Grund ist der E-Mailservice geändert worden? Wie wird die Verschlechterung des Mailservice der Stadtbibliothek gerechtfertigt? Wer hat sie veranlasst bzw. gebilligt? Gibt es technische Gründe?
2. Ist die zwingende Verknüpfung von bisherigen Serviceleistungen mit Werbemaßnahmen durch die Benutzungsordnung oder in anderer Weise rechtlich gedeckt?
3. Haben sich Bürger gegen diese neue Verfahrensweise gewandt? Wie wird mit deren Beschwerden umgegangen?
4. Wie wird mit Bestandsnutzern verfahren, die in bisher zulässiger Weise ausdrücklich auf die Zusendung von Werbe-Mail verzichtet haben und angekreuzt hatten, den Erinnerungsservice per E-Mail nutzen wollen? Sind diese Nutzer des E-Mailservice über die Änderung des Serviceangebots informiert worden?
5. Wie wird mit Nutzern verfahren, die nunmehr bei Anmeldung durch Streichen der entsprechenden Passage auf „Einladungen und Informationen“ verzichten, aber den Erinnerungsservice nutzen wollen?
6. Wie können Nutzer des E-Mailservice erreichen, dass Ihnen wie bisher lediglich Erinnerungs-Mail übersandt werden, aber keine Werbung der Stadtbibliothek?
7. Welche weiteren Veränderungen im Umgang mit den Nutzern sind vorgesehen?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.11 Schriftliche Anfrage (F0138/11) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

die Bürger sind über die umfangreichen Bau- und Rekonstruktionsmaßnahmen an den Straßen und Brücken der Landeshauptstadt erfreut. Das trägt u.a. zur Steigerung der Attraktivität unserer Heimatstadt bei. Allerdings wird diese Freude durch die langen Bauzeiten getrübt. Mitunter werden auch auf diesen Baustellen kaum Arbeiter gesehen, die tätig sind. Die notwendigen langen Sperr- und Umleitungsmaßnahmen sind für die Betroffenen mit erhöhten Kosten verbunden.

Ebenso fragen sich viele Magdeburger, ob es nicht sinnvoll ist, das volle Tageslicht im Sommer für diese witterungsabhängigen Arbeiten zu nutzen.

Deshalb bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Spielt bei der Vergabe von Aufträgen für Rekonstruktionen und Reparaturen an Straßen und Brücken die Dauer der Arbeiten eine Rolle oder bekommt der billigste Bieter den Zuschlag?
2. Welche Möglichkeiten hat die Landeshauptstadt, auf die Dauer der Rekonstruktionsmaßnahmen Einfluss zu nehmen?
3. Worin liegen die Verzögerungen bei den einzelnen Baumaßnahmen jeweils begründet?
4. Kann die Stadt Magdeburg auf den rechtzeitigen Beginn der Bauarbeiten zu Anfang der warmen Jahreszeit in irgendeiner Form Einfluss nehmen?
5. Werden bei einer Überziehung der vorgesehenen Bauzeit für die ausführenden Baubetriebe Sanktionen fällig?

Ich bitte um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Beantwortung.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.12 Schriftliche Anfrage (F0139/11) des Stadtrates Gärtner

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat bereits im Juni dieses Jahres ein „Abwehrzentrum“ der Bundesregierung gegen Angriffe aus dem Internet offiziell in Betrieb genommen. Dabei unterstrich der Minister, dass der Schutz der Informationsinfrastrukturen eine existentielle Frage des 21. Jahrhunderts sei – Cyber-Attacken könnten Volkswirtschaften empfindlich beeinträchtigen. Auch beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wird diese Auffassung geteilt. So weist das BSI darauf hin, daß täglich (!) vier bis fünf Internetangriffe auf das Informationsnetz der Bundesregierung registriert würden; allein zwischen Januar und September 2010 habe es 1600 Angriffe auf deutsche Behördenrechner gegeben (<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,768782,00.html>). Hier stellen sich nun auch Fragen nach dem Stand der Cyber-Sicherheit in Magdeburg.

Ich frage daher:

1. Gibt es eine Dienststelle der Stadt Magdeburg, die für den Schutz der städtischen Kommunikationsinfrastruktur gegen Angriffe aus dem Internet zuständig ist?
2. Wie hat sich die Sicherheits- und Bedrohungslage für das städtische Kommunikationsnetzwerk in den letzten Jahren entwickelt? Inwieweit kann die Stadt die z.B. vom BSI registrierte Zunahme von Internet-Angriffen auf deutsche Behördenrechner für den Bereich der Landeshauptstadt Magdeburg bestätigen? Falls Informationen vorliegen: wie entwickelten sich die Zahlen registrierter Internet-Attacken gegen Magdeburger Behörden und Dienststellen in den letzten Jahren?
3. Wie beurteilt die Stadt die Gefahr größerer Schäden bzw. Beeinträchtigungen an Einrichtungen der Magdeburger Infrastruktur durch gezielte Cyber-Attacken? Zu denken wäre z.B. an Angriffe gegen die Stadtwerke. Inwieweit liegen dazu aktuelle Risikoeinschätzungen entweder von städtischer oder dritter Seite vor? Haben sich solche Vorfälle bereits ereignet?
4. Inwieweit ist – falls vorhanden – der Cyber-Schutz der Stadt Magdeburg in überregionale Architekturen der Netzsicherheit eingebunden, z.B. auf Landesebene? Wie ist das Zusammenwirken der städtischen „Cyber-Abwehr“ mit den zuständigen Dienststellen der Polizei geregelt?
5. Welche Informationen liegen der Stadt darüber vor, in welchem Umfang in Magdeburg ansässige Firmen Ziel von Angriffen aus dem Internet sind? Falls vorhanden, bitte Fallzahlen der letzten fünf Jahre aufführen!
6. Wie verteilen sich Cyber-Attacken gegen Magdeburger Unternehmen auf a.) Versuche der Ausspähung, b.) Versuche, Firmeneinrichtungen (z.B. Rechner, Produktionsanlagen) gezielt zu schädigen? Falls vorliegend, bitte Zahlen der letzten fünf Jahre aufführen!
7. Inwieweit sieht sich die Stadt veranlasst, bei ihrer Cyber-Sicherheit nachzurüsten, etwa in Gestalt von Stellenzuweisungen? Oder hält die Stadt ihre Kommunikationsarchitektur für ausreichend gegen Angriffe aus dem Netz gesichert?

Ich bitte um eine ausführliche und schriftliche Beantwortung.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.13 Schriftliche Anfrage (F0140/11) des Stadtrates Hans, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
am 12. August 2011 fand der >Tag der Jugend< statt, dieser sollte die Magdeburger Bevölkerung, vor allem jedoch Jugendliche in den Elbauenpark locken.

Ich frage Sie in diesem Zusammenhang:

1. Wie viele Besucher_innen haben dieses Angebot genutzt?
2. Wie viele Besucher_innen waren über 25 Jahre alt?
3. Wie hoch waren die entstandenen Kosten?

4. In welcher Höhe wurden die Kosten von der Stadt oder den städtischen Gesellschaften getragen?

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Fragen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.14 Schriftliche Anfrage (F0136/11) des Stadtrates Schwenke, Fraktion CDU/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in der Magdeburger Innenstadt finden sich an herausragender Stelle, in unmittelbarer Nähe des Magdeburger Doms, zwei Stätten (Magdeburger Bürgerdenkmal und ein Originalstück der Berliner Mauer), die an die friedliche Revolution und den Fall der Mauer bzw. dem Ende des menschenverachtenden Grenzregimes der DDR erinnern.

Seit der Einweihung des Magdeburger Bürgerdenkmals im Jahr 2003 gab es im Kontext des Tages der Deutschen Einheit unterschiedliche Veranstaltungen, um an die historischen Ereignisse der friedlichen Vollendung der Deutschen Einheit und das vorherige Ende des DDR-Unrechtsstaates durch eine gewaltfreie Revolution von Bürgern zu erinnern.

Gerade im Jahr, in dem sich der Baubeginn der Berliner Mauer zum 50zigsten Mal gejhrt hat, sollte eine solche Veranstaltung auch 2011 vor Ort stattfinden.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Ist von Seiten der Stadtverwaltung eine solche Gedenkveranstaltung geplant?
2. Wenn Nein, sind der Stadtverwaltung Bestrebungen Dritter in dieser Hinsicht bekannt?

Neben einer mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.15 Schriftliche Anfrage (F0141/11) des Stadtrates Gärtner

Sehr geehrter Herr Beigeordneter,

in Ihrer Stellungnahme 0061/11 zu meiner Anfrage 0039/11, hinsichtlich des im Januar in Magdeburg durchgeführten Stadtfestes, haben Sie bei drei von vier Fragen eine entsprechende Beantwortung leider vergessen. So fragte ich, in welchem Umfang Teile der öffentlichen Infrastruktur (dies betrifft Räumlichkeiten in öffentlicher Hand, Kosten zur Nutzung von

Telekommunikationseinrichtungen und zusätzlich aufgewendete Arbeitsstunden von Mitarbeitern der Verwaltung) zur Vorbereitung, Durchführung und ggf. Nachbereitung der Veranstaltung aufgewendet wurden? Darüber hinaus würde ich gern im Detail in Erfahrung bringen, welche Kosten (unabhängig der durch den Stadtrat zur Verfügung gestellten 5000 Euro) dabei zusätzlich entstanden sind und ob es ggf. einen Kostenerlass zur Nutzung der öffentlichen Infrastruktur für einzelne privatrechtliche Protagonisten der Veranstaltung gab?

Auf diese Fragen antworteten Sie lediglich, dass Mitarbeiter der Verwaltung Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Meile der Demokratie angefallen sind, wahrgenommen haben. Darüber hinaus gaben Sie bekannt, dass dem „Organisationsbüro“ Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden, sowie die weitere Nutzung von Einrichtungen, Gegenständen und Material der Stadt Magdeburg nach den „üblichen Regelungen“ auf Anfrage erfolgte. Wie Sie daran sicherlich sehen können, beantwortet dies meine ursprünglich gestellten Fragen nicht umfänglich.

Ich habe daher folgende Nachfragen:

1. Welche Räumlichkeiten der Stadt wurden in welchem Zeitraum welchen Personen zur Verfügung gestellt?
2. Wieviel würden die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten in dem unter Punkt 1 zu nennenden Zeitraum in regulärer Kondition kosten?
3. Gab es dabei einen Kostenerlass oder wurde der aus Punkt 2 in Erfahrung zu bringende Betrag aus dem 5000€-Budget des Stadtrates aufgewendet?
4. Welche Nebenkosten, bpsw. in Form von Strom und Telekommunikation, sind bei der Nutzung der unter Punkt 1 zu nennenden Räumlichkeiten zusätzlich entstanden?
5. Sind die unter Punkt 4 entstandenen Kosten nicht erhoben und somit der Stadtkasse zu Lasten gefallen oder wurden diese aus dem 5000€-Budget des Stadtrates aufgewendet oder wurden diese durch die jeweiligen Nutzer selbst getragen?
6. Wer gehörte dem „Organisationsbüro“ an?
7. Geben Sie mir bitte die Sitzungsprotokolle aus den Zusammenkünften des „Organisationsbüro“ zur Kenntnis (ggf. nicht öffentlich).
8. In Ihrer Stellungnahme 0061/11 gaben Sie bekannt, dass Mitarbeiter der Verwaltung je nach ihrer entsprechenden Zuständigkeit, Aufgaben für die „Meile der Demokratie“ wahrgenommen haben. Da es sich bei der Veranstaltung um eine nicht permanente Aufgabenwahrnehmung seitens der Stadtverwaltung handelt, müssen zwangsläufig zusätzliche Arbeitsressourcen aufgewendet worden sein. Welche Mitarbeiter wurden mit wieviel zusätzlichen Arbeitsstunden, die im Zusammenhang mit der „Meile der Demokratie“ standen, belastet?
9. Wieviel würden die unter Punkt 7 zu nennenden Arbeitsstunden, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Einkommensklassen, in der Summe ergeben?
10. In der Stellungnahme 0061/11 teilten Sie mit, dass die vom Stadtrat zur Verfügung gestellte Summe in Höhe von 5000 € vollständig ausgeschöpft wurde. Geben Sie mir bitte dazu eine detaillierte Auflistung, die Empfänger, die entsprechende Höhe und den Betreff der Mittelvergabe beinhaltet.
11. Gab es im Zuge der Nachbereitung der Veranstaltung seitens der Stadtverwaltung eine Finanzprüfung zur durchgeführten Mittelvergabe?

Ich bitte um eine ausführliche und schriftliche Beantwortung.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.16 Schriftliche Anfrage (F0142/11) der Stadträtin Szydzick, Fraktion CDU/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit Monaten gibt es Beschwerden von Anwohnern und Touristen hinsichtlich der Situation im Klosterumfeld.

Die Stadtverwaltung hat mehrfach in der Presse darauf geantwortet. Es sollten Maßnahmen zur Deeskalation ergriffen werden. Nun gibt es wieder Briefe von Anwohnern im Bereich des Klosters.

Ich frage deshalb an:

1. Wie schätzen Sie die Situation der ergriffenen Maßnahmen ein?
2. Hat sich die Situation im Bereich des Klosters entspannt?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9. Informationsvorlagen

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.14 werden zur Kenntnis genommen.

9.3. Erweiterung der Spiel- und Freizeitfläche am Europaring

I0132/11

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf den in der Anlage dargestellten Kleinkindbereich, für den rund 20 m² zur Verfügung stehen und zuvor eine etwa 30 m hohe Pyramidenpappel zu fällen wäre. Er legt seine Auffassung dar, dass die Einrichtung des Kleinkindbereiches keine verkehrte Maßnahme sei aber der Spielplatz am Europaring auch nicht überfrachtet werden soll. Vor allen Dingen sollte diese Maßnahme nicht als Ersatz für den im Finanzausschuss und im Betriebsausschuss SFM mehrheitlich bestätigten Spielplatzstandort Agricolastraße angesehen werden.

Er informiert über die Aufforderung der GWA, für die nächste Sitzung des Stadtrates zu erwarten, dass die bereits in den beiden Gremien Finanzausschuss und Betriebsausschuss SFM behandelte Thematik zum Spielplatzstandort Agricolastraße auf die Tagesordnung gesetzt und auch beschlossen wird.

9.4. Stand der Bewilligung Neubauvorhaben Sporthalle Buckau

I0141/11

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, hinterfragt den derzeitigen Sachstand.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass es hier um eine Situation geht, die für die Stadt von großer Bedeutung war.

Er nimmt Bezug auf die Beschlussfassung des Stadtrates zum Bau der Sporthalle Buckau und die Information, dass es eine Sonderfinanzierung vom Land in Höhe von 1 Mio Euro und vom Bund in Höhe von 400.00 Euro gibt, wobei die Stadt einen Eigenanteil als Sondermaßnahme aus dem Stadtumbau-Ost-Programm zu tragen hat.

Der Oberbürgermeister informiert über seine Nachfrage im Landesbauministerium und die in Beantwortung gegebene Zusage der Bewilligung im Zuge der gesamten Maßnahme Stadtumbau Ost. Somit sei er heute nicht in der Lage eine Aussage zu treffen, ob es eine Sonderfinanzierung sein wird oder die Maßnahme aus dem normalen Programm finanziert werden soll. Dies wird erst ersichtlich, wenn voraussichtlich im Monat Oktober die entsprechenden Bescheide erlassen werden.

Insbesondere verweist er darauf, dass in diesem Jahr definitiv nicht mehr gebaut werden kann sondern frühestens im nächsten Jahr und 2013.

Fraglich bleibt dabei, wie die Finanzierung erfolgen wird. Erfolgt diese über städtische Mittel, dann werden andere Maßnahmen gestrichen, oder es gibt eine Sonderfinanzierung.

9.8. Zeitstrahl zwischen Mauerstück und Bürgerdenkmal

I0180/11

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, Stadtrat Bromberg erinnert daran, dass der Antrag seiner Fraktion zum Zeitstrahlprojekt mit sehr viel Zustimmung aufgenommen worden und bringt sein Erstaunen zum Ausdruck, dass sehr, sehr umfangreiche Bemühungen notwendig waren, dieses Projekt umzusetzen. Seine Fraktion sei davon ausgegangen, dass die Idee auf fruchtbaren Boden fällt und die Umsetzung eigentlich gar nicht so schwierig sein sollte. Er bringt das Anliegen der Fraktion zum Ausdruck, sich an dieser Stelle bei der Verwaltung und bei der IGS „Willi Brandt“ für das Bemühen zu bedanken und natürlich auch dafür, dass sie dieses Thema jetzt aufgenommen haben und sich mit der Umsetzung sicherlich zeitnah auch beschäftigen werden.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt Bezug auf Anlage 4 der Information und macht auf Ziffer 17 IBA Eisenbahnfestungstor aufmerksam. Hier sollen für Sanierung und Erweiterung Gesamtkosten von 728.000 Euro verarbeitet werden. Er informiert, dass diese Thematik im Ausschuss StBV besprochen wurde und hier der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr gebeten wurde, in Zusammenarbeit mit dem Liegenschaftsamt einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Stadtrat Canehl verweist darauf, dass es sich hier nicht um Ufermauern sondern allein um das Eisenbahnfestungstor und um die Nutzung dort als Cafe handelt. Er erinnert daran, dass im Jahr 2008 eine Ausschreibung hinsichtlich Verkauf und Bestellung eines Erbbaurechtes stattgefunden hat, in deren Ergebnis seinem Wissen nach der Verkauf stattgefunden hat. Bedingung war dabei die Vorlage einer Finanzierung, d.h. die Erbringung eines Nachweises zur Verwirklichung eines Konzeptes mit eigenen Mitteln.

Für ihn erscheint es seltsam, dass für dieses Projekt jetzt 728.000 Euro benötigt werden und von Bund/Land dafür Mittel in Höhe von 496.185 Euro zur Verfügung gestellt werden sollen.

Stadtrat Canehl bittet darum, diesen Punkt heute nicht zu bestätigen und zunächst eine Untersuchung des von der Verwaltung unterbreiteten Vorschlages vorzunehmen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt klarstellend aus, dass die vorliegende Information den aktuellen Stand der Beantragung von Städtebaufördermitteln sowie noch zu beantragende Mittel beinhaltet. Die von Stadtrat Canehl angesprochene konkrete Maßnahme ist jedoch noch gar nicht beantragt.

Insbesondere verweist er darauf, dass der vorliegende Sachstand lediglich zur Information des Stadtrates dient und noch zu keiner Beschlussfassung führt. Die für die Beantragung erforderliche Drucksache wird erst noch dem Stadtrat vorgelegt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst
Vorsitzende/r

Silke Luther
Schriftführer/in

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Bock, Andreas

Boeck, Helga

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Canehl, Jürgen

Giefers, Thorsten

Grünewald, Mario

Guderjahn, Marcel

Hein, Rosemarie Dr.

Heller, Werner

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Michael

Hofmann, Andrea

Höroid, Helmut Dr.

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Meinecke, Karin

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Reppin, Bernd

Rohrßen, Martin

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Andreas

Schumann, Carola

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Siedentopf, Uta

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Theile, Frank

Tietge, Lothar

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang

Westphal, Alfred

Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Luther, Silke

Abwesend

Biedermann, Ursula
Budde, Andreas
Czogalla, Olaf
Danicke, Martin
Gärtner, Matthias
Hans, Torsten
Lischka, Burkhard
Pott, Alexander Prof.Dr.
Rösler, Jens
Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.